

## Ein junger Blick auf Europa – Kommentare zur Europawahl 2009

\*Die inhaltliche Verantwortung für die Beiträge zum „Jungen Blick auf Europa“ tragen die Autorinnen und Autoren. Die geäußerten Meinungen müssen nicht in jedem Fall der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

### **Katrin Kubica: Mehr Einheit in der Vielfalt:**

#### **Für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient**



Katrin Kubica (\*1983) studiert in Potsdam Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Entwicklungs- und Sicherheitspolitik und lebt in Berlin. Dort arbeitet sie als studentische Mitarbeiterin beim SPD-Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen. Ihre Diplomarbeit wird sie über die Auswirkungen ausländischer Direktinvestitionen in ausgewählten Ländern Sub-Sahara Afrikas schreiben. Sie ist Stipendiatin der FES in der Grundförderung.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Europa muss sicherheitspolitisch handlungsfähig werden. Anspruch und Wirklichkeit stehen sich im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) diametral gegenüber. Dieser Spagat zwischen Integration und Souveränitätsbewahrung darf allerdings nicht zur Verkenning der politischen Realität führen. Hier der Wunsch, als relevanter, handlungsfähiger Akteur in den internationalen Beziehungen wahrgenommen zu werden – manche plädieren gar für einen europäischen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Dort die, nicht nur in der Balkankrise und beim Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo, unübersehbaren politischen und militärischen Handlungsdefizite der Europäischen Union (EU).

### **Herausforderungen an die GASP**

Die Vielfalt an außen- und sicherheitspolitischen Traditionen und Leitlinien in Europa und die Unterschiede auf der taktischen, strategischen und operativen Ebene können zu politischer und militärischer Handlungsunfähigkeit führen. Zudem stehen sämtliche Mitgliedsstaaten vor der Herausforderung, der veränderten sicherheitspolitischen Bedrohungslage mit engen fiskalischen Spielräumen begegnen zu müssen. Ressourcen- und Kapazitätenbündelung sind somit mehr als sinnvoll. Sicherheit kann im 21. Jahrhundert durch nationalstaatliche Alleingänge der EU-Mitgliedsstaaten weder gewährleistet noch finanziert werden.

Doch langsam wächst zusammen, was zusammen gehört: Eine gemeinsame europäische Außenpolitik entsteht. Das ist richtig und wichtig. Denn die Mitgliedsstaaten der EU, die mit 450 Millionen Bürgern ein Viertel des weltweiten Bruttosozialproduktes erwirtschaften, müssen sich ihrer Verantwortung stellen und einen angemessenen Beitrag zur Herstellung und Wahrung von Frieden und Sicherheit auf der Erde leisten.

Viele Schritte weisen in die richtige Richtung. Von der Geburtsstunde der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik 1992, über die unterschiedlichen Headline Goals, die den Fähigkeitsrahmen der EU-Mitgliedsstaaten festlegen und die Europäische Sicherheitsstrategie bis hin zu den Neuerungen im Vertrag von Lissabon. Doch auch wenn dieser in Kraft träte, wäre das Potential der Neuerungen zu beschränkt, um die europäische Sicherheitspolitik zu revolutionieren.

### **Konkreter Handlungsbedarf**

Handlungsbedarf besteht also nach wie vor. So hinkt in Europa die politische Ebene dem militärisch Machbaren massiv hinterher. Ob die deutsch-französische Brigade, das Eurokorps, oder das Transportflugzeug A 400 M: Bei diesen Beispielen funktioniert die Zusammenarbeit auf der militärischen Ebene bereits. Dagegen weisen die strategischen Fähigkeiten wie Forschung und Entwicklung, Führung und Beobachtung sowie die Raketenabwehrsysteme Rückstände auf. Auch gilt es, dass europäische Beschaffungswesen noch stärker als bisher zu harmonisieren, denn es gibt keinen vernünftigen Grund für die Tatsache, dass es in Europa drei- oder viermal so viele Rüstungshersteller wie in den USA gibt – für einen Markt, der nur halb so groß ist.

### **Neuerungen auf institutioneller Ebene erforderlich**

Ferner sind Änderungen auf der politischen und institutionellen Ebene notwendig. Ein ständiger Verteidigungsausschuss des Europäischen Parlamentes ist genauso zu diskutieren wie ein gemeinsames permanentes Hauptquartier für die Einsatzleitung oder eine gerechtere, dem Bündnischarakter entsprechende Kostenaufteilung von zivilen und militärischen Einsätzen zwischen den Nationen. Ein Angleichen von nationalen parlamentarischen Entscheidungs- und Entsendeprozessen könnte ebenso einen harmonisierenden Impetus haben. Schließlich muss in einer Union mit 27 Mitgliedsstaaten nicht mehr jeder Staat alles leisten: Spezialisierung und der Ausbau von Nischenfähigkeiten einzelner Staaten sind das Modell der Zukunft.

## **Die Position der SPD**

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) hat die Notwendigkeit einer verstärkten Integration im Bereich der GASP erkannt. Sie formulierte bereits im Hamburger Programm von 2007, dass Europa übereinstimmende Sicherheitsinteressen habe und langfristig auch die Armeen der Mitgliedsstaaten enger zusammenwachsen müssten – hin zu einer europäischen Armee. Auf dem sicherheitspolitischen Kongress der Partei „Auf dem Weg zu einer europäischen Armee“ im Mai 2008 formulierte nicht nur Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, dass Europas Sicherheitsinteressen nur gemeinsam gewährleistet werden können und es hierzu einer konkreten Neuausgestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur bedarf.

## **Fazit**

Zu einer verstärkten Integration der nationalen Politiken in den Feldern Außen, Sicherheit und Verteidigung findet sich in der Tat keine Alternative. Nur wenn Europa mit einer Stimme spricht kann es für die ideellen und materiellen Werte seiner Bürgerinnen und Bürgern eintreten – im Inneren wie im Äußeren. Stärken stärken und Schwächen schwächen: Kein politischer Slogan, sondern reelle Notwendigkeit in einer Europäischen Union, die mehr sein muss als die Summe der politischen Willen, Interessen ihrer Bürger und Fähigkeiten ihrer Mitgliedsstaaten.